

Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.



Pressemitteilung

Alterspsychiater fordern: Demenzranke besser behandeln, das nützt uns allen

Das Nebeneinander von Kranken- und Pflegekassen in Deutschland führt nach Ansicht der Deutschen Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und –psychotherapie e.V. (DGGPP) dazu, dass Demenzranke, gemessen an internationalen Standards, in Deutschland nicht angemessen behandelt werden.

„Solange die Politik die Alzheimer-Krankheit eher als pflegerisches Problem betrachtet und die Chancen, die eine medizinische Behandlung bietet, nicht erkennt, bleibt die Trennung zwischen Kranken- und Pflegekasse erhalten. Betriebswirtschaftlich ist es dabei für eine Krankenkasse nicht sinnvoll, eine Behandlung zu bezahlen, deren Nutzen – durch die erst später eintretende Pflegebedürftigkeit – die Pflegekasse hat. Deshalb bleibt das medizinisch Notwendige und volkswirtschaftlich Sinnvolle ungetan. Die jetzt vorgelegte Vorschlagsliste zum Krankenkasseninternen Finanzausgleich der Erkrankungsrisiken, der sogenannte Morbi-RSA, bestätigt das, was viele Kassenvertreter hinter vorgehaltener Hand bestätigen: Demenzerkrankungen sind für die Krankenkassen kein großer Kostenfaktor“, so Prof. Hans Gutzmann, Präsident der DGGPP.

„Das ist verständlich, denn eine frühzeitige Diagnose, eine umfassende medikamentöse und nichtmedikamentöse Behandlung wird nicht durch das vorhandene System gefördert. So wird die notwendige Behandlung oft versäumt und die pflegenden Angehörigen tragen körperlich, seelisch und finanziell die Hauptlast, mit dem hohen Risiko, selbst zu erkranken.“

In einem Brief an den Präsidenten des für den Morbi-RSA zuständigen Bundesversicherungsamtes fordern Deutschlands Alterspsychiater erneut dazu auf, die Demenzen in den Morbi-RSA aufzunehmen, auch wenn die vorgelegte Vorschlagsliste aus ihrer Sicht die Vorgaben des Gesetzgebers und die offensichtlich suboptimale sektorale deutsche Versorgungswirklichkeit abbilden.

„Das BVA hat es mit seiner Entscheidung über die Aufnahme der Demenzen in die Liste der Krankheiten für den Morbi-RSA erneut in der Hand, eine für die Zukunft unserer Sozialsysteme wesentliche Weichenstellung nicht zu versäumen. Die Chancen, die in einer umfassenden medizinischen Behandlung nicht nur für die Demenzkranken selbst, sondern auch für die sie pflegenden Angehörigen und letztlich für unser Gesundheits- und Sozialwesen liegen, sollten im Blick auf die Zukunft genutzt werden.“

Berlin, den 3. Februar 2012

Vorstand

Prof. Dr. med. H. Gutzmann
Berlin
Präsident

PD Dr. med. M. Haupt
Düsseldorf
Vizepräsident

R. Kortus
Winnenden
Schatzmeister

Dr. med. D. K. Wolter
Wasserburg am Inn
Schriftführer

Prof. Dr. med. G. Adler
Mannheim

Dr. med. B. Baumgarte
Gummersbach

Dr. med. L. M. Drach
Schwerin

PD Dr. med. W. Hewer
Rottweil

Dr. med. J. Tenter
Ravensburg-Weissenau

Wissenschaftl. Beirat

Prof. Dr. med. H. Förstl
München

Prof. Dr. med. G. Heuft
Münster

Prof. Dr. med. S. Kanowski
Berlin

Prof. Dr. med. H.-J. Möller
München

Prof. Dr. med. H. Radebold
Kassel

Geschäftsstelle

DGGPP e.V.
Postfach 1366
51657 Wiehl
Tel.: 02262/797683
Fax: 02262/999 9916
GS@dggpp.de

www.dggpp.de